

Resolution zu den Menschenrechtsverletzungen im Gebiet unserer Partnerkirche im anglophonen Teil Kameruns

Seit April 2018 sind in unserem Partner-Kirchenkreis Meme North in Kamerun Menschen auf der Flucht vor der Armee ihrer eigenen Regierung. Dörfer wurden niedergebrannt und Zivilisten erschossen. Immer wieder wird davon berichtet, dass Soldaten von der Straße aus wahllos um sich schießen. Der größte Teil der Bevölkerung hat entweder die Region verlassen oder sucht seit Monaten abseits der Straßen im Wald Schutz. Die Versorgungslage ist katastrophal.

In anderen Regionen ist die Lage ähnlich. Zuverlässige Zeugen berichten, dass Soldaten in Häuser eingedrungen sind und Frauen und Kinder ermordet haben. Immer wieder kommt es zu Verhaftungen ohne Angabe von Gründen. In den meisten Fällen erfolgt kein öffentliches Gerichtsverfahren und oft erfahren die Angehörigen nichts über den Verbleib ihrer Familienmitglieder.

Wir bitten die Bundesregierung, die kamerunische Regierung um Konsultationen nach Art. 96 (2) des Abkommens von Cotonou zu ersuchen mit dem Ziel, dass Menschenrechte, die demokratischen Grundsätze und das Rechtsstaatsprinzip geachtet werden, wie es in Artikel 9 (2) des Abkommens vereinbart ist. Dies ist unseres Erachtens Voraussetzung dafür, dass die politische Auseinandersetzung gewaltfrei geführt werden kann.

Wir bitten die Bundesregierung, alle Möglichkeiten zur gewaltfreien Konfliktbearbeitung auszuschöpfen und beantragen humanitäre Hilfe und Soforthilfe gemäß Art. 72 des Abkommens von Cotonou für die Menschen, die von der Armee aus ihren Dörfern vertrieben wurden und bis heute an einer Rückkehr gehindert werden.